

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 8.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsrate pro 10 Spalten Zeile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 22. Februar 1908.

Verlag: A. Bohrborg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die von Amerika ausgegangene Geldkrise, eine Folge der Kreditüberspannung und wilder Spekulation, darf im Allgemeinen als überwunden betrachtet werden, wenn unter den Nachwehen auch immer noch einzelne Banken zusammenbrechen. Nicht aber haben sich die Hoffnungen verwirklicht, die man in verschiedenen Kreisen hegte: man glaubte, mit Ueberwindung der Geldkrise sei auch die Gefahr einer Industriekrise gebannt. Das Gegenteil ist der Fall. Am festigsten wütet der wirtschaftliche Niedergang bis jetzt in Amerika. Seinen sprechendsten Ausdruck findet das in der Einschränkung der Eisenerzeugung. Schon ist in den letzten Monaten des Vorjahres die Produktion hinter der gleichen Zeit des Jahres 1906 zurückgeblieben und nun werden massenhaft Hochöfen ausgebaut. Auch in der Textilindustrie sind umfangreiche Produktionsbeschränkungen vorgenommen worden. Und daß auch in Deutschland die Gütererzeugung schon stark eingeschränkt worden ist, das bezeugt die wachsende Zahl der Arbeitslosen. Aber sie zeigt den Grad der Einschränkung nur abgebläht an, denn es darf nicht übersehen werden, daß an Stelle der bisherigen Ueberzeitarbeit vielfach Schichtverfälschungen und Feierlichkeiten getreten sind. Wenn auch in einzelnen Berufen die Krise nicht noch tiefer greifende Formen annehmen wird, jedenfalls fehlt es an begründeter Hoffnung, daß sie bald wieder überwunden sei. Für einzelne Gewerbe besteht sogar die Gefahr, daß es noch zu erheblichen Störungen kommt, so z. B. im Gerberei- und Lebergewerbe und in einzelnen Zweigen der Konfektion. Wenig Aussicht auf eine baldige Besserung ist für das Baugewerbe vorhanden. Immer noch ist das Geld verhältnismäßig teuer und die Unsicherheit in der Eisenindustrie hält auch die Unternehmungslust zurück. Das Trägergeschäft liegt sehr matt und der mangelnde Abbruch und Begehren an Baueisen wirkt weiter ungünstig auf die Eisenindustrie ein. Dazu tritt als brennender Faktor die Preispolitik der Rohmaterialienverbände. Diese wollen mit ihren Verkaufspreisen der wachsenden Konjunktur nicht folgen; das Kohlenyndikat hat sogar jetzt noch für verschiedene Sorten von Industriekohlen die Preise erhöht. Die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt in allen Artikeln der Weiterverarbeitung drückt deren Verkaufspreise. Das Mißverhältnis, das dadurch zwischen Selbstkosten und Erlösen hervorgerufen wird, läßt Verbraucher von Rohmaterial und Händler größte Zurückhaltung beobachten. Das Nachlassen der Bautätigkeit hat bereits im letzten Halbjahr auch die Zementfabriken in Mitleidenschaft gezogen und mit dem längeren Andauern abgeschwächter Bautätigkeit werden sich auch hier Produktionsbeschränkungen notwendig machen. Die Lage der Zementindustrie wird dazu weiter ungünstig beeinflusst durch die zunehmende Auslandskonkurrenz. In Belgien, Frankreich und Oesterreich-Ungarn hat sich eine leistungsfähige Zementindustrie entwickelt, die nicht nur den deutschen Werken auf dem Inlandmarkt starke Konkurrenz macht, sondern ihr auf dem Weltmarkt in scharfem Wettbewerb entgegentritt. Im vorigen Jahre ist die deutsche Ausfuhr gegenüber 1906 bereits um über 1/2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Auch in der Ziegelindustrie macht sich die Mattigkeit auf dem Baumarkt stark bemerkbar. Die diesjährige Saison wird jedenfalls nicht so viele Arbeiter aufnehmen, wie in den letzten Jahren. Die Ziegelorganisationen haben bereits erhebliche Produktionsbeschränkungen beschlossen, einmal weil man mit vermindertem Verbrauch rechnet und dazu aus der vorjährigen Kampagne noch ganz bedeutende Lagerbestände vorhanden sind. Verhältnismäßig günstig ist noch die Lage in der chemischen Industrie. Der Beschäftigungsgrad ist noch flott, und wenn die allgemeine Krise nicht weitere Fortschritte macht, dürfte die chemische Industrie im großen und ganzen von dem wirtschaftlichen Rückgang nur mäßig berührt werden. In die Zuckerindustrie ist durch ein politisches Moment eine Beunruhigung hineingetragen. Rußland verlangt gegenüber der Brüsseler Konvention Sonderrechte, und England ist anscheinend bereit, Konzessionen zu machen. Dadurch würden dem deutschen Export nach dort größere Schwierigkeiten erwachsen. Auch tauchen Befürchtungen auf, daß es neuerlich gemachten Anstrengungen, die Rohzuckerindustrie technisch und wirtschaftlich zu heben, gelingen werde, dem Rübenzucker erfolgreicher Konkurrenz zu machen. Das beste Mittel, die Zuckerindustrie zu heben, wäre eine Verbilligung des Konsums durch Aufhebung der Steuer, die für 1907 auf 138 1/2 Millionen Mark veranschlagt war. Damit der Engländer billigen deutschen Zucker bekommt, müssen wir selbst ihn durch Steuern uns verteuern lassen. Zurzeit liegt dem Reichstage ein Antrag vor, dem Zusatzantrag zur Brüsseler Konvention zuzustimmen, mit der Maßgabe, daß spätestens bis 1. Oktober 1909 die Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mk. durchgeführt werden soll. Mit dieser Herabsetzung würde allerdings eine Verbilligung eintreten können, aber dieser Steuernachlaß soll durch andre indirekte Steuern wieder ausgeglichen werden —

die Konsumenten profitieren nichts dabei. Das ist die alte Leier. Im allgemeinen können die industriellen Unternehmen den Ereignissen der nächsten Zeit mit einer gewissen Ruhe entgegensehen; sie haben ja elli Jahre reichlichen Dividendensegens hinter sich. Für die Papierinhaber bedeutet eine wirtschaftliche Krise nicht Einschränkung der Lebenshaltung, Not und Elend; das schlimmste was ihnen, von Ausnahmen abgesehen, passiert, ist eine Verkürzung des Gewinnes aus der Arbeit anderer. Soweit für die hier besonders interessierten Industrien Nachweise der Betriebsergebnisse aus dem letzten Jahre vorliegen, gebend wir nachfolgend darüber Aufschluß:

	Stübende in Prozenten:		
	1905	1906	1907
Oberflächliche Portland-Zementwerke	14	17	17
Opplener Zementwerke	13	14	14
Sächsisch-Böhmische Zementwerke	10	12	12

Weniger günstig als die Zementwerke haben die Papierfabriken abgeschlossen; die Zuckerraffinerien schließen teilweise mit geringeren Gewinnen ab, während für die Gummiindustrie im allgemeinen das verfloßene Jahr eine gute Ernte gebracht hat. Jedoch ist in den letzten Monaten, als Rückwirkung der Krise in der Automobilindustrie eine kleine Abchwächung des Beschäftigungsgrades eingetreten. Und das ist für den Arbeiter schlimm; für ihn bedeutet jede Verschlechterung am Arbeitsmarkt eine Bedrohung seiner Existenz. Ihn trifft die wirtschaftliche Ungunst diesmal mit verstärkter Kraft. Eine Störung in der regelmäßigen Erwerbsgelegenheit bringt das Haushaltsbudget in Unordnung. Die Lebenshaltung muß eingeschränkt werden, denn die seit 3 Jahren herrschenden hohen Lebensmittelpreise, Mieten usw. ermöglichen es nicht, Ersparnisse zu machen. Und die hohen Preise bleiben nicht nur in Geltung, teilweise erfolgen jetzt noch Aufschläge. Milch, Butter, Eier, Backwaren sind Artikel, bei denen in den letzten Wochen noch Preiserhöhungen eingetreten sind. Dazu wird in diesem Jahre die neue Steuereinschätzungsmethode noch viele unangenehme Ueberzählungen bringen. Nun soll für das Einkommen des letzten Jahres, das im allgemeinen noch gute Erwerbsgelegenheiten bot, die Steuer gezahlt werden, aber die Einkommen vermindern sich. So wirken diesmal mehrere Momente zusammen, die den Arbeitern, und besonders den am schlechtesten entlohnten, die Verschlechterungen am Arbeitsmarkt doppelt und dreifach fühlbar machen. Und das dank seiner guten Organisation kampflustige Unternehmertum schießt sich an, die Kosten der Krise möglichst verlos auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Im Baugewerbe und in der Metallindustrie drohen schwere Kämpfe, wenn die Arbeiter sich nicht widerstandslos erhebliche Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wollen gefallen lassen. Auch in der Eisen- und Metallindustrie rufen die Unternehmer zum Kampfe gegen die Arbeiter. Aber von solchen Kämpfen werden nicht nur die direkt beteiligten Arbeiter berührt. Siegen in einem großen Kampfe die Arbeiter, dann profitieren davon mehr oder weniger auch die Angehörigen anderer Berufe. Genau so ist es aber auch mit den Niederlagen. Gelingt es dem Unternehmertum im Baugewerbe und in der Metallindustrie, den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen, dann kräftigt das die Angriffslast der Kapitalisten in anderen Gewerben, besonders in denen, wo ihnen nur schwache Organisationen der Arbeiter gegenüber stehen. Was die Arbeiter in den Jahren günstiger Marktlage an ihrer Organisation gesündigt haben, das kann nun sich bitter rächen. Wo noch Lücken in der Organisation sind, da müssen sie schleunigst ausgefüllt werden, jede Stunde ist jetzt kostbar. Die beste Waffe der Unternehmerrückläufigkeit ist — Rekrutenaushebung für den Verband.

Aus dem Reichstage.

Am 7. Februar, bei Beratung des Militäretats, nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Stücken noch einmal Gelegenheit, das organisationsfeindliche Verhalten der Militärverwaltung zu brandmarken. Diesmal unterwarf er der Kritik die Leiter der Bekleidungsämter, welche ihrem Widerwillen gegen organisierte Arbeiter allzu deutlich Ausdruck gegeben hatten. Schon in der Kommissionsberatung hatte Stücken den Nachweis geführt, daß Arbeiter, die im Altonaer Bekleidungsamt tätig, wegen Wahrung ihrer Lohninteressen gemäßregelt worden sind. Auch sonst fallen dem betreffenden Bekleidungsamte Maßnahmen zur Last, die keinen Genuß sozialen Empfindens verspüren lassen. Hierher sind zu rechnen eine Verstoßordnung, die mit einer Gefängnisstrafe zu vergleichen, und die Grundordnung über die ortsüblichen Löhne bei der Polizei! Die Heeresverwaltung hatte natürlich auch die Handwerkerkammer um Lohnauskünfte gefragt. Dann lag nichts näher, als daß man nun auch von der Organisation der Schneider die Vorkenntnisse einfordern hätte, alsdann wäre der Standpunkt der Heeresverwaltung unantastbar gewesen. Es ist bezeichnend für den sozialen Zustand, der im offiziellen Deutschland herrscht, daß man Arbeiterorganisationen, deren Mitglieder sich auf 1799293 belaufen, seitens der staatlichen Verwaltung glaubt ignorieren zu können. Die dritte Lesung der Zuckerkonvention, des Abkommens mit Rußland und des Zuckergesetzes nach dem Antrag Graf v. Schwerin-Bröwig brachte der 11. Februar. Die Beratung dieser Materie in der Kommission hatte eine Konstellation der Sozialdemokraten mit Zentrum, Nationalliberalen, Konservativen, kurzum aller Parteien mit Ausnahme der Freisinnigen gebracht, zum Zweck, die Regierung zur

Herabsetzung der Zuckersteuer diesmal zu zwingen. Die beweglichen Klagen des Staatssekretärs b. Siengel über die Finanznot, sein Appell an den Patriotismus vermochten nicht die „Ordnungsvertreter“ zu erweichen! Aber nachher machte sich der Unfall bemerkbar. Es kam darin zum Ausdruck, daß man der Regierung für einen finanziellen „...“, der, beschränkt auf die ersten Jahre, ca. 20 Millionen beträgt, eine Einnahme von 35 Millionen Mark garantiert. Für die Arbeiter besteht nun der Effekt darin, sie sparen 2 1/2 Pf. am Zucker, und dürfen für andre Dinge 3 1/2 Pf. ausgeben. Das nennen dann Konservative vom Schlage des Grafen Schwerin-Bröwig Wahrung der Interessen der Konsumenten. Der gleiche Tag brachte die Erledigung des Militäretats. Bei dem Kapitel Militärverpflichtungen konnte selbst der konservative Abgeordnete Pauli-Potsdam, obwohl Zünftler und Schafmaacher, nicht umhin, sich zum Mundstück der Klagen zu machen, welche seitens der Meister, Kanzleischreiber und Arbeiter der Militärverpflichtung in Spandau geführt werden. Es war eine anständige Liste von Beschwerden, die der Herr da aufzurollen hatte. Von Wichtigkeit war das Eingekündnis, daß in Spandau die Mietpreise einen Höhepunkt erreicht hätten, welcher für die Arbeiter unerträglich geworden, und daß die 9stündige Arbeitszeit eingeführt werden könne. Nicht nur in Spandau sind die Mieten unerträglich, und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden nicht nur in Spandau erforderlich und möglich, sondern auch an andern Orten und in Gebieten, denen Herr Pauli besonders nahe steht, wo aber kein Einfluß gegen Verkürzung der Arbeitszeit bislang den Prellbock bildete. Vielleicht ändert sich das nunmehr. Vom sozialdemokratischen Abgeordneten Böhle wurden die lebhaftesten Klagen über Bezahlung und Behandlung und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Straßburg in staatlichen Betrieben beschäftigt werden, zum Vortrag gebracht. Es sind nach der Statistik von 1906 4521 Arbeiterinnen und 2963 Arbeiter, die bei der Militärverwaltung den horrenden Jahresverdienst bis zu 800 Mk. verdienen haben! Demnach ist Deutschland, wie in so vielen andern Dingen, auch in der Bezahlung nicht in der Welt voran! Mittwoch den 12. Februar, war Schwerinstag. Das Haus setzte die Beratung über den Antrag des Freiherrn v. Mithofen-Dambsdorf, betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten fort, und nahm ihn einstimmig an, um dann einen nationalliberalen Antrag zu besprechen des Inhalts:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, halbjährlich einen Gesetzentwurf betreffs Regelung des Automobilverkehrs im Deutschen Reich dem Reichstage vorlegen zu lassen.“

Das Automobil verunstaltet die Luft, belästigt die Spaziergänger durch Aufwirbeln undurchdringlicher Staubwolken, und ist eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Fußwandler geworden. Das letztere ergibt sich aus der amtlichen Statistik: Vom 1. Oktober 1906 bis 1. Oktober 1907 sind 4331 Unfälle durch Automobile verursacht, davon waren 98 Prozent Personenaufentwürfe. Bei den Unfällen haben 145 Personen ihr Leben gelassen! Von den schuldigen Chauffeuren sind nur 88 Prozent ermittelt. Ledebour gab der Meinung Ausdruck, daß der Regierungsentwurf, den Staatssekretär Niederberg verspricht, ausreichende Mittel kaum bringen werde. Er folgerte das aus einer Rede, die Prinz Heinrich von Preußen bei Besichtigung der Automobilausstellung am 7. Dezember 1907 gehalten, worin er sagte: „Wie ein Damokleseswert hat über uns das so viel besprochene Automobil-Haftpflichtgesetz geschwebt. Ich bin in der Lage, zu sagen, daß wir diesem Gesetz mit voller Zuversichtlichkeit und Ruhe entgegensehen können.“

Belanlich ist Prinz Heinrich ein großer Verehrer des Automobilsports. Wenn er über die Pflicht der Regierung zu beruhigende Erklärungen den Automobilisten geben kann, dann wird der Gesetzentwurf als Schutz der Passanten kaum angesehen werden können. Der nationalliberale Antrag ist durch einen Zentrumsantrag ergänzt. Dieser lautet:

Die verbündeten Regierungen mögen baldmöglichst einen Gesetzentwurf betr. die Haftpflicht für den bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen entstehenden Schaden und die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen im Deutschen Reich dem Reichstage vorlegen, nach welchem:

1. für den bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen entstehenden Personen- und Sachschaden der Betriebsunternehmer zu haften hat, sofern er nicht beweilt, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Verletzten oder des Sachinhabers verursacht ist;
2. Fahrer, welche den zur Erhaltung der Sicherheit auf den öffentlichen Straßen und Plätzen erlassenen polizeilichen Anordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zuwiderhandeln, mit wirksamen, bei Verfehlungen im Rückfall gesteigerten Geld- und Freiheitsstrafen bestraft werden;
3. das Führen von Kraftfahrzeugen nur solchen Personen gestattet wird, welche sich durch eine Prüfung über die Befähigung zum Führen ordnungsmäßig ausgewiesen haben;
4. Fahrern, welche sich als unzuverlässig erwiesen haben, durch polizeiliche Verfügung die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen mit Wirkung für das ganze Reichsgebiet entzogen werden kann.

Der Antrag gelangte zur Annahme.

Am 13. Februar gelangte der Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zur Beratung, welche den Rest der Woche ausfüllte. Der hierbei ausgesprochenen Klagen der Arbeiter und Beamten sind so viele, daß wir sie in der nächsten Nummer eingehend zu würdigen gedenken.

Aus der chemischen Industrie.

Gegen den Wohlfahrtschwindel.

In einem besonders hervorragenden Punkte hat der Kampf der deutschen Proletarier gegen den Wohlfahrtschwindel deutscher Unternehmer, wie er ganz besonders auch in der chemischen Industrie grassiert, leuchtend eingeleuchtet. Man kann es einigen Arbeitern der berühmten aruppischen Sulfidfabrik in Essen gar nicht hoch genug anrechnen, daß sie endlich einmal zunächst beim Gewerbegericht und nachher beim Landgericht Essen in zweiter Instanz die prozessuale Aufhebung des bekannten, überall vorhandenen und von so vielen betrogenen Kollegen schon so bitter empfundenen Paragraphen der „Pensionskasse“ verurteilten, der folgendermaßen lautet:

erst ein bestimmter Ziffernstand des Krankengeldes dazu, um den Betriebsleitung die Notwendigkeit eines Zuschusses nahe zu legen. Auch mit dem Zuschuss ist die Lage des Kranken keineswegs beneidenswert, so daß sie etwa zu der sozial behaupteten, aber so selten wirklich vorhandenen „Simulation“ führen könnte. Seine auf gesetzlicher Grundlage beruhende befristete Krankentasse darf die gewerkschaftliche Verhandlungsmittel in Anrechnung bringen — das über alle der „Wohlfahrtskasse“ der folgenden Dabwigshefener Anilinfabrik vorbehalten. Ihr Vorgehen nötigt die organisierten Arbeiter einfach dazu, künftig jede Verhandlung angeht, die sie zu befehlen. Die Gegnerschaft gegen die Arbeiterorganisation ist ja wohl auch der Hauptgrund, weshalb die Maßregel getroffen wurde. Das sehen die Arbeiter sehr deutlich. Man kann sich deshalb denken, wie groß die Aufregung und Erbitterung gegen solche Maßnahmen in ihren Reihen sind. Und was das ist, der soll das erste!

Auch die „Christlichen“ Arbeiter sogar werden allmählich durch den Wohlfahrtschwandel zur besseren Einsicht in ihre Lage geführt. In Essen hatte der Vorstand des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes eine öffentliche Versammlung für die Arbeiter der Krupp'schen Fabrik einberufen zwecks Berichterstattung über den Ausgang des oben geschilderten Prozesses. Es hatten sich etwa 2000 Arbeiter eingefunden. Gewerkschaftssekretär Girtler verbreitete sich in längerer Rede über die Prozedur. Mächtig seien die Vorwände der Krupp'schen Firma, daß die Kasse die Beiträge nicht zurückzahlen könne. Die Heftige Eisenbahngesellschaft und einzelne andere Firmen zahlen ihren Arbeitern 70 Prozent der Beiträge von dem Dienstantritt an zurück, und dann 2 Prozent jährlich, bis sie nach 15 Jahren das ganze zurückhalten. Die Pensionskasse der Firma Krupp sei das stärkste Hindernis der Arbeiter bei Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Die Organisation werde den Volkstretretern im Parlament Material zur Information übersenden, damit diese im Reichstage die Angelegenheit vorbrächten und auf gesetzlichem Wege Abhilfe geschaffen werde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung hofft, daß nunmehr die Firma Krupp sich dazu entschließt, eine Verringerung des Pensionskassenstatus in einer für die beteiligten Arbeiter annehmbaren Form vorzunehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so sprechen die Versammelten die Erwartung aus, daß auf gesetzlichem Wege den bisherigen, rechtlich unhaltbaren Zuständen baldigst ein Ende bereitet wird. Gegenüber der Unterstellung seitens des Vertreters der beklagten Firma, als ob das Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die Pensionskasse von politischen und agitatorischen Gründen geleitet sei, erhebt die Versammlung entschiedenen Protest und erkennt nach wie vor an, daß eine wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen nur durch die gewerkschaftliche Organisation möglich ist.“ Wenn man sich daran erinnert, wie sich die „Christlichen“ früher für Wohlfahrtsanstalten der Unternehmer begeisterten und sie priesen, so gewahrt man, wie sie durch den Wohlfahrtschwandel jetzt auch revolutioniert und zum Klassenkampf gedrängt werden.

× Festschneidung. In diesem Jahre begeht der eine Inhaber der Firma L. Cassella u. Co., der bekannte Rennstallbesitzer und Sportsman Weinberg, die Feier seiner fünf und zwanzigjährigen Geschäftstätigkeit. Der Jubilar soll bei dieser Gelegenheit von allen in dem Betrieb Tätigen, den letzten Arbeiter eingeschlossen, in würdiger Weise „geehrt“ werden. Nach der Meinung aller Streber und Krieger geschieht eine solche Ehrung am wirkungsvollsten durch Ueberreichung von Geschenken, zu deren Beschaffung die „zahlreichen Freunde“ des Jubilars beisteuern. Wenn eine solche „Ehrung“ von Seiten der Kollegen des Jubilars und den besser bezahlten Beamten der Fabrikwerke geschieht, läßt sich hiergegen nichts einwenden. Anders liegt die Sache, wenn an die armen Raumarbeiter herangetreten wird, ein Opfer zugunsten einer „Ehrung“ zu bringen, mag der zu leistende Beitrag noch so gering sein. Wir nehmen zur Ehre des Herrn W. an, daß eine Ueberreichung von Geschenken durch die Raumarbeiter nicht nach seinem Geschmack ist, denn was haben für ihn, den mehrfachen Millionär, Geschenke für einen Wert. Zu verurteilen ist das Gebahren derjenigen, welche solch ein Opfer zu leisten, um bei den Raumarbeitern materielle Opfer für die Jubiläumssache zu erzielen. Ein Zwang, etwas zu geben, besteht selbstverständlich nicht, aber der Arbeiter, der innerlich mit solchen devoten Dingen keine Sympathie fühlt, sieht sich aus naheliegenden Gründen gezwungen, die Ehrung in solcher Form mitzumachen. Daß ein solcher moralischer Druck auf die fortschrittlich denkenden aufgestellten Arbeiter durch die streblamen Herren Vorarbeiter, denn um diese handelt es sich meist in erster Linie, noch möglich ist, bringt einfach der Umstand mit sich, daß nur der kleinere Teil der Raumarbeiter organisiert und deshalb nicht in der Lage ist, energig gegen unwürdige Zumutungen zu protestieren. Auch der kleinste Betrag, den der Raumarbeiter für solche Zwecke opfert, ist Verschwendung für ihn, denn er hat am allerwenigsten Ursache, sich den Fabrikherren, denen er indirekt zu unermesslichem Reichtum verhilft, noch besonders dankbar zu sein. Für das Streben und Schwärmerdasein liegt hierzu eher Anlaß vor. Von Herrn W. wird gerühmt, daß er sehr menschenfreundlich und freigebig veranlagt sei. Wenn dem so ist, warum bietet er seinen Einfluß nicht auf, daß die Arbeitszeit in den Werkstätten auf ein weniger gesundheitsgefährliches Minimum eingeschränkt und der Stundenlohn der betreffenden Arbeiter entsprechend erhöht wird? So lange in dieser Richtung nicht das Mögliche im Interesse der Arbeiter geschieht — und es kann bei dem Reichtum der Fabrikwerke mehr geschehen —, schämen wir die schönen Tugenden auch des Herrn W. nicht besonders hoch ein und verharren in unserer Auffassung, daß sich kapitalistische Ausbeutung und menschliches Empfinden nur schlecht vereinbaren lassen. Würden es die Fabrikarbeiter ebenso gut verstehen, ihre Interessen zu wahren, wie die Herren Kapitalisten, und verständen sie eben so gut zu rechnen wie diese, fürwahr, es sollte bald anders werden. Aber hierzu ist die erste Voraussetzung: Klassenbewußtsein und das Verlangen der Arbeiter nach mehr Licht und Sonne in ihrem Erdenwallen, aufschwimmen auf eine höhere Stufe der Kultur und des Gesamtwohls.

Aus der Papierindustrie.

Die Papierfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika.
Wesentlich besser als in Deutschland haben es in Amerika die Arbeiter in den Papierfabriken verstanden, sich angemessene Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Nicht nur höhere Löhne, sondern vor allem längere Arbeitszeit haben sie sich erkämpft. So wird in fast sämtlichen Papierfabriken der Vereinigten Staaten in drei Schichten a 8 Stunden gearbeitet.

Während in Deutschland noch nicht eine Papierfabrik zu dem Dreischichtwechsel übergegangen ist, vielmehr sämtliche Arbeiter 12 Stunden pro Tag fröhlich schlafen müssen.

Ueber Zahl und Entlohnung der Arbeiter in den Papierfabriken macht das Zensusbureau in Washington folgende Angaben:

Es waren beschäftigt im Jahre 1905:
58 827 erw. männliche Arbeiter
8 882 erw. Arbeiterinnen
255 Kinder*) bei derlei Geschlechts.

Insgesamt 68 964 Beschäftigte in 761 Fabriken.

Es erhielten an Lohn:
3778 Beamte 6 097 082 Dollar gleich 6780 Mark pro Kopf und Jahr,
65 964 Arbeiter 32 019 212 Dollar gleich 2040 Mark pro Kopf und Jahr.

Der obige Durchschnittslohn von 2040 Mark pro Jahr gleich 6,80 Mk. pro Tag oder — bei achttündiger Arbeitszeit — 85 Pfennig pro Stunde ist aber noch zu niedrig gegriffen, weil in dieser Durchschnittsrechnung auch Frauen und Jugendliche einbegriffen sind. Das Zensusbureau bringt deshalb außer der obigen summarischen Zusammenstellung noch Angaben über die ungefähren durchschnittlichen Tageslöhne. Danach verdienen erwachsene männliche Arbeiter pro Tag durchschnittlich 7 Mk., erwachsene Arbeiterinnen 5,80 Mk. und Kinder 3 Mk. pro Tag.

Interessant sind auch noch die Angaben über die seit dem Jahre 1900 eingetretenen Lohnsteigerungen. Diese Steigerung beträgt nämlich, nach den Angaben des Zensusamts, für Arbeiter 57,4 Prozent, für Arbeiterinnen 27 Prozent und für Kinder 62,5 Prozent.

Selbstverständlich ist es nicht ohne weiteres möglich, die in Amerika gezahlten Löhne mit den bei uns gezahlten zu vergleichen; es muß dabei die Kaufkraft des Geldes in Rechnung gestellt werden. Es ist aber irrig, anzunehmen, der Lebensunterhalt wäre in Amerika so viel teurer, daß die Lohnlücke dadurch ausgeglichen würde. Wir haben schon früher nachgewiesen, daß z. B. Lebensmittel in Deutschland durchweg teurer sind, wie in den Vereinigten Staaten. Da aber Lebensmittel im Etat des Arbeiters den Hauptposten bilden, so kann man wohl annehmen, daß die Mehrkosten für Kleidung, Wohnung usw. durch Ersparnisse an den Ausgaben für Lebensmittel ausgeglichen wird, daß also der Lohn eines amerikanischen Papierfabrikarbeiters nicht nur nominell, sondern auch reell, seiner Kaufkraft nach, doppelt so hoch ist wie der Lohn seines deutschen Kollegen. Dabei ist aber seine Arbeitszeit durchschnittlich um 25 bis 50 Prozent länger.

Die amerikanischen Unternehmer haben natürlich nicht freiwillig den Arbeitern diese Zugeständnisse gemacht, sie sind durch die Macht der Organisation dazu gezwungen worden. Das sollte aber unsern deutschen Kollegen ein Unsporn sein, es ihren Arbeitsbrüdern in Amerika gleich zu tun.

+ Hensberg. Eine für die hiesige Papierfabrik anvertraute Betriebsbeziehung wurde durch die Polizeibehörde unteragt, weil sie nicht angemeldet war. Wenn es den Urhebern dieses Verbots darum zu tun war, die einzelnen Missetäter auf der Papierfabrik nicht in vertraulicher Besprechung, sondern unter den Augen der Öffentlichkeit zu kritisieren, so ist dies Vorhaben gelungen. Es hat sich nunmehr eine polizeilich angemeldete Versammlung damit beschäftigt. Kollege Christianus verwies auf die Broschüre „Der Kampf am Baum“, worin die gerichtlich festgestellten ungeheuerlichen Zustände der Papierfabrik am Baum (Daryen) niedergelegt sind. Herr Walter, der Besitzer der hiesigen Papierfabrik, ist im Besitz eines Exemplars dieses Heftchens. So ungeheuerlich wie in jener Fabrik sind die Zustände hier nicht, aber es sind eine ganze Reihe Missetäter vorhanden, worunter die Arbeiter leiden müssen. Der Lohn beträgt 2,70 bis 3,20 Mk. täglich, bei fast stets 12stündiger Arbeitszeit. Herr Walter hat wohl selbst eingesehen, daß die Arbeiter mit einem solchen Lohn nicht auskommen konnten und unzufrieden werden würden. Er wollte also den Lohn verbessern, tut dies aber nicht etwa in der vernünftigen Form einer Erhöhung des Stundenlohns, sondern er führte ein Prämienystem ein, durch das der Fabrik allein ein Nutzen entstand, den Arbeitern aber eine Lohnverbesserung vorgegaukelt werden sollte. Er erließ folgende Bekanntmachung:

Um die Löhne meiner Arbeiter in der Fabrik aufzubessern, habe ich mich entschlossen, folgende Prämienlage einzuführen, die ab 1. März 1907 zur Berechnung gelangen und zwar zu folgenden Bedingungen:

1. Die Berechnung geschieht auf die versandfertige Ware zu den nachstehend aufgeführten Sätzen pro 1000 Kgr.
 2. Wegen Gewichtsdifferenzen, Unreinheiten, respektive Maschinenfehler beanstandete Sendungen, soweit dieses auf Verschulden des Personals zurückzuführen ist, findet keine Verrechnung statt.
 3. Ebenso wird Uebergewicht nicht vergütet, beläuft sich solches in Fällen über 2 Proz., wird es von dem zu verrechnenden Gewicht gekürzt.
 4. Arbeiter, welche nachweislich durch Unachtsamkeit, Leichtsinn usw. das Ergebnis der Fabrikation in bezug auf Quantität und Qualität beeinträchtigen, ziehen sich außer der Entlassung noch den Verlust ihres Prämienanteils zu.
 5. Die Auszahlung der Prämie findet im letzten Drittel des nachfolgenden Monats statt und wird 2 Tage vorher bekannt gegeben.
 6. Diejenigen Arbeiter, welche bei Auszahlung der jährlichen Prämie nicht mehr in meiner Fabrik beschäftigt sind, gehen derselben verlustig.
 7. Grundbedingung bleibt, daß täglich Eintragsens resp. Stoffmischung, sowie Ansprüche auf die Qualität stets die Anordnungen der Leitung streng zu befolgen sind.
- Prämienlage pro 1000 Kilogr. Papier:
- | | | | |
|-------------------|-----|-----------------------|-----|
| Maschinenführer | 3,0 | Holländermüller | 1,7 |
| 1. Gehilfen | 1,7 | Zuträger | 1,5 |
| 2. Gehilfen | 1,6 | Rollermüller | 1,3 |
| 3. Gehilfen | 1,5 | Sneizer | 1,5 |
| Brechenhölzer | 1,3 | Gimmerer | 1,5 |
| Maschinenwärter | 1,5 | Filterwärter | 1,5 |
| 1. Kalanderführer | 1,5 | Einwickler | 1,3 |
| 2. Kalanderführer | 1,4 | Leimhölzer und Färber | 1,5 |
| Feizer | 1,5 | Fahrschulente | 1,5 |
| Kochschreiber | 1,5 | | |

Das dieses Prämienystem ist, steht auch der Laie auf den ersten Blick, ein Auspönerungssystem schämmiger Sorte. Für alle Fehler werden die Arbeiter verantwortlich gemacht, die aber nach Absatz 7 verpflichtet sind, unbedingt den Anordnungen der Leitung zu folgen.

*) Unter Kinder versteht das Zensusamt alle Arbeiter unter 16 Jahren.

Macht die Leistung Fehler, die sich nachher in der Ware äußern, geht der Arbeiter seiner Prämie verlustig. Am schlimmsten ist die Bestimmung des Absatzes 6. Bis zu 1/10 Monat kann der Arbeiter seines verdienten Geldes verlustig gehen, wenn er in dem halbjährlichen Papierelaborat nicht mehr arbeiten will. Wenn der Monat um ist, wehst leiner, was er verdient hat, denn eine Berechnung gibt es für die Arbeiter nicht. Die Prämienbeträge sind auch wirklich so minimal, daß sie nicht einmal die Strafen bedecken könnten, die an der Tagesordnung sind. Ein weiterer Missetäter ist es, daß nur alle 14 Tage Lohnzahlung stattfindet, wodurch die Arbeiter in ein ungesundes Abhängigkeitsverhältnis vom Kaufmann usw. geraten. Aber freilich, wenn der Lohn eine Woche später bezahlt wird, trägt er für den millionenreichen Unternehmer noch etwas Zinsen auf der Bank. Um die Prämienauszahlung nicht etwa zu hoch werden zu lassen, wird mit Strafen nicht gespart. Für schlechtes Aufrollen werden gleich zwei Mark abgezogen. Ein kleiner Stundenlohn, geringe oder gar keine Prämien und eine Reihe Strafsätze, das ist die Lohnaufbesserung der Papierfabrik. Frauen und Mädchen müssen oft schwere Männerarbeit verrichten und Sonntagsarbeit ist an der Tagesordnung. Die Schulvorschriften sollen äußerst mangelhaft sein. Die Beiträge zur Fabrikkrankentasse wurden bis auf 1,28 Mk. gesteigert, aber die Kranken erhalten nicht mehr Krankengeld. Die Missetäter wurden nicht nur von Kollegen Christians angeführt, sie wurden von den anwesenden Arbeiter noch ergänzt. Es wurde noch angeführt, daß die Frauen und Mädchen oft 2 bis 3 Stunden nacharbeiten, auch an den Sonntagen. Ein Arbeiter, der für 30 Pf. Stundenlohn angenommen war, erhielt nur 28 Pf., und als er die 2 Pf. mehr forderte, wurde er entlassen. Das ist dort überhaupt die beliebte Mode; sagt einer etwas, heißt es gleich: In 14 Tagen können Sie gehen! Gehalt wurde Beschwerde geführt. Die Leute können sich bisweilen gar nicht helfen. Soll der Abort in den Betriebsgraben gelaufen sein. Ein Arbeiter, dem es höchstwahrscheinlich besser geht als den Arbeitern, meinte einmal: „Sozialdemokrat sein und solche Sachen lesen wie die „Volkzeitung“, das sei nichts für die Arbeiter.“ Wir glauben es dem Manne gern, daß er es lieber sähe, die Arbeiter der Papierfabrik würden nur die kirchlichen Traktaten als aufklärende Schriften lesen. Ein Teil der Arbeiter hat begriffen, daß ihr Platz in der Organisation ist, hoffentlich folgt der andre Teil bald nach.

Streits und Lohnbewegungen.

— Dresden. Ziegeleiarbeiter und Arbeiterinnen! Die Aussperrung in der Dachziegelabrik M. Koenig in Dresden-Briesnitz dauert unverändert fort. Da sich Dresdner Ziegler nicht dazu hergeben, Herrn K. Tarife brechen zu helfen, wählen 20 Galizier heranzogel werden. Sie werden nun wie im Zuchthaus bewacht, unter Begleitung von zwei Wächtern werden sie morgens aus der einen Wille in die andre zum Frühstück, und dann zur Arbeit geführt und abends auf dieselbe Art zurückgeführt. Bei jeder Wachezeit und beim Schlafengehen werden sie wie Gold begehrt, sogar zu dem am Sonntag vorgenommenen Kirchgang wurden sie von den Meistern und Wächtern begleitet. Es soll auf alle Fälle verhindert werden, daß sie mit einem der Ausgesperrten zusammenkommen. Die notleidende Firma beanstandete am Sonntag eine Unterhaltung im Speisesaale der Fabrik. Vier und Schnaps gab es in Menge. Früher durfte lesterer überhaupt nicht mit in den Betrieb gebracht werden.

Eine Frechheit ohne gleichen leistet sich die in der Lehmgrube beschäftigten Arbeitswilligen. Auf jede nur erdenkliche Weise beschimpfen sie die Streikposten. Ihre Wut kennt vor allem keine Grenzen, wenn sie bei nassem Wetter nichts fertig bringen, jeden Augenblick einmal ausgleiten, trotz der Pferdehinderer die Bore nur schwer wieder rein bringen und mit ihren Salvarsäufen im Dreck stecken bleiben. Von einer Anzeige gegen die Arbeitswilligen wegen Beleidigung der Streikposten wurde bis jetzt noch nichts bekannt, während die Firma recht eilig gegen zwei Streikposten Anzeige erstattete. Die Annahme des Wächters von der Wache und Schließgesellschaft ist dem Verhalten der Arbeitswilligen würdig. Er verfolgte sogar die Streikposten von der Straße wegzumachen. Man weiß gar nicht, ob man die Unterfrentheit oder die Unkenntnis der Gelege mehr bewundern soll.

In der ersten Woche haben die Galizier 3,70 Mark heraus bekommen, wenn sie nicht bald mehr verdienen, werden sie wohl nicht wagen werden im Betriebe. Die jetzigen enormen und unbilligen Gehaltsangaben zeigen aber den Ausgesperrten, daß die Firma nicht aus Leistungsunfähigkeit, sondern nur aus Hunger nach Mehrprofit immer Abzüge über Abzüge machte und sich niemals zu einer Verbesserung verstehen wollte.

Der Zugang ist wie bisher fernzuhalten.

— Garburg. In der Säure- und Düngersabrik von Guntze, Schreiber u. Co. haben die Arbeiter sehr viel Anlaß zur Klage. Sie wurden sich deshalb einig, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu treffen. Zu diesem Zweck fand kürzlich eine Betriebsversammlung statt, an der ca. 35 Mann teilnahmen. Hier kam eine ganze Reihe von Missetäten zur Sprache, u. a. auch, daß der Meister Kol. P. Seife zum Waschen verweigert habe. Am andern Morgen war die Betriebsleitung durch einige lärmumgige Matrosen sofort von dem Verlauf der Versammlung unterrichtet worden. Die Folge davon war, daß P. besonders scharf bei seiner Arbeit kontrolliert wurde. Schließlich ließ sich der Direktor J. herbei, den P. zu fragen: Denken Sie denn vielleicht, daß wir zur Seifenlieferung verpflichtet sind? Wenn es geschähe, wäre es die pure Gutmütigkeit von uns! Das war um 5 Uhr und um 6 Uhr hatte P. seine Entlassung. Sie werden wohl wissen, warum, sagte Meister Leambie. Da P. nun Zeit hatte, beauftragte ihn der Verband, die in der Betriebsversammlung formulierten Wünsche der Arbeiter der Fabrikleitung zu überreichen. Das geschah am Sonnabend. Die Forderungen waren sehr bescheiden. Statt 35 wurden 40 Pf. Stundenlohn gefordert. Für Ueberstunden sollten 45 Pf. gezahlt werden. Dann wurde Anerkennung eines Arbeiterauschusses und die Abstellung einiger sanitärer Mängel verlangt. Der Inhaber Herr Schreiber gab das empfangene Schriftstück an den Direktor J. weiter. Dieser interessierte sich ganz besonders lebhaft dafür, wer das Schriftstück unterzeichnet, wobei er bemerkte: Ich erkenne prinzipiell einen Arbeiterauschuß nicht an! Das war um 5 Uhr Sonnabend nachmittags. Um 6 Uhr hatten die drei Unterzeichneten ebenfalls ihre Entlassung.

Wegen dieser Maßregelung hat der Verband über die Fabrik die Sperre verhängt.

Kollegen, übt Solidarität! Der Zugang ist streng fern zu halten!

— Egeln. Einen schönen Erfolg errangen die Arbeiter der Ophoralumfabrik zu Westeregeln. Am Montag, dem 10. Februar wollten 6 Kollegen, welche bei den sogenannten Bädern der obigen Fabrik beschäftigt sind, von dem Betriebsleiter Herrn Dr. St. die Zustimmung haben, von jetzt ab nicht mehr wie bisher um 6 Uhr abends, sondern um 5 Uhr nach Hause gehen zu dürfen, da zu der Zeit ihre Arbeit fertig ist. Sie wollten nicht mehr müde da herumliegen, sondern sehnten sich nach vollbrachter Arbeit nach ihrem Heim. Dieses wollte nun Herr Dr. St. nicht zugeben, er wollte vielmehr die 6 Kollegen kurzerhand ohne Kündigung entlassen. Er hatte schon die Schichten der 6 Kollegen ausgesperrt und wollte ihnen das Geld auszahlen lassen. Doch die Sache kam anders. Als die Delegierten der Fabrik die Geschichte erzählten, legten sofort sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Und dieses half. Der Herr Dr. St. sah ein, daß er gegen eine Delegierten von ca. 150 Mann, welche er ohne Ausnahmsorganisation sind, doch der Schwächere sei. Er nahm deshalb die Kündigung zurück und bewilligte den sechs Kollegen die verlangte Arbeitszeit. Da nun aber die Sache einmal im Gange war, wollten die andern Kollegen ihren Anteil an dem Aufschwung dieser Fabrik haben und stellten deshalb Forderungen. Und die Firma war einsichtig genug, die Forderungen kurzerhand zu bewilligen. Die Arbeiter freuen sich ihres Erfolges und hoffen, daß die Arbeiter der andern Fabriken des

Wahlwertes Bestreben hieron lernen, daß dieser Erfolg nur durch die festgesetzte Organisation zu erreichen war.

München. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der pyrotechnischen Fabrik Weissenbach ließen vor Kurzem durch den Vorsitzenden ihres Verbandes der Firma einen Tarifentwurf vorlegen, der aber von dieser abgelehnt wurde, weshalb am 10. Februar vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts eine Verhandlung stattfand.

Atheinart. Bei der Firma Sines u. Wrook, Elektrodynamische Fabrik, haben wegen fortgesetzter schändlicher Behandlung durch den Betriebsleiter Dr. Meinesse fast sämtliche Arbeiter am 8. d. Mts. die Arbeit eingestellt.

In einer hierauf stattgefundenen Versammlung wurde den Ausschüssigen über den Verlauf der Unterhandlungen berichtet, das Zustandekommen der Firma, wonach 6 Mann die Arbeit aufnehmen konnten, wurde abgelehnt.

Korrespondenzen.

Breslau. Nachstehend geben wir einen kurzen Überblick über die Leben und Tüchtigkeit unserer Zahlstelle im Jahre 1907. An Unterhaltungen an Mitglieder wurden geleistet: Gewerbelohnunterstützung 5415,30 M., Rentenunterstützung 95 M., Strafmittelunterstützung 1081,60 M., Gemäßigtenunterstützung 1873,30 M.,

Table with 4 columns: Name, 1907, 1906, 1905. Rows include Schiffe des 1. Quartals 1906, 1907, 1908.

Es war ein Zuwachs von 198 Mitgliedern zu verzeichnen. Zu Beginn ist die große Aktion in Mitgliederbeurteilung. So waren im 1. Quartal 260 Beurteilungen zu verzeichnen, deren 302

Die Agitation ist intensiv entfaltet worden, da wohl kein Verband ein so schwieriges Agitationsfeld zu verzeichnen hat. Streng wurde darauf geachtet, daß die Werbearbeit der Verbandsbeamten nur in Betrieben einleite, die für uns zugänglich sind.

Der Vorstand hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich betätigt. In der letzten Zeit sind 21 Lohnbewegungen zu verzeichnen. Größtenteils waren es Bewegungen anderer Berufs, bei denen der Verband durch Hilfsarbeiter beteiligt war.

Im verfloßenen Jahre waren 21 Lohnbewegungen zu verzeichnen. Größtenteils waren es Bewegungen anderer Berufs, bei denen der Verband durch Hilfsarbeiter beteiligt war.

Besonders stark hatte der Verband im Jahre 1907 unter Maßregelungen von Mitgliedern seitens der Unternehmer zu leiden. Nicht weniger als 72 Gemäßigte waren zu unterstützen.

Das bisher Angeführte mag beweisen, daß für unsern Verband das verfloßene Jahr reich an Arbeit und Kämpfen, aber auch reich an Erfolgen war.

Erstarrt. Mit der Organisation der Landarbeiter beschäftigte sich die Mitgliederversammlung am 1. Februar. Das Referat hierüber hatte der Kollege Adler übernommen. Neben beleuchtete zunächst die rechtliche und soziale Lage der Landarbeiter, sowie die Wichtigkeit dieser Frage für die gesamte Arbeiterbewegung.

Kassel. Einer recht merkwürdigen Methode, Uebelthäter zu ermitteln, bedient sich die Firma Ruppert u. Co., Seifenfabrik, hier. Vor einigen Tagen bekam die Firma einen Brief mit folgendem Inhalt: „Haben Sie auf unsern Meister, er befehligt Sie viel.“

Kürzburg. Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in welcher Kollege Herrmann über das verfloßene Jahr berichtete. Neben zahlreichen Berichterstattungen und Mitgliederberichterstattungen fanden 27 Betriebsversammlungen und 6 öffentliche Versammlungen statt.

Kürzburg. Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in welcher Kollege Herrmann über das verfloßene Jahr berichtete. Neben zahlreichen Berichterstattungen und Mitgliederberichterstattungen fanden 27 Betriebsversammlungen und 6 öffentliche Versammlungen statt.

Rundschau.

Bert Aloh, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes, wurde auf einer Agitationstour in Hamburg von einem

Blutsturz befallen und verschied am 12. Februar im Hamburger Krankenhaus. Genosse Aloh war einer der Veteranen der Arbeiterbewegung. Die Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes war im wesentlichen sein Werk.

Der Holzarbeiterverband verliert in Aloh einen fähigen und pflichttreuen Beamten und die gesamte Arbeiterbewegung einen treuen Kampfgesellen.

Für eine besondere Organisation der Landarbeiter hat sich der letzte ostpreussische Parteitag der Sozialdemokratie durch einstimmige Annahme folgender Resolution ausgesprochen: „In Erwägung, daß die wirtschaftlich elende und rechtlich unwürdige Lage der Landarbeiter, die unter einem schlimmen Ausnahmegesetz stehen, außer durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten nur durch eine selbständige Landarbeiterorganisation gehoben werden kann;

in weiterer Erwägung, daß im Hinblick auf das geringe Einkommen der Landarbeiter eine solche Organisation nur gemeinsam von Partei und Gewerkschaften geschaffen und durch dauernde tatkräftige Unterstützung seitens beider Körperschaften erhalten und ausgebaut werden kann, erucht der ostpreussische Parteitag, gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation in die Wege zu leiten.“

Verbandsnachrichten.

Vom 11. Februar ab gingen bei der Hauptkassafolgende Beiträge ein:

- Hamburg 800, Posen (D. V.) 407,07, Egeln 275,76, Königsberg a. O. 100, Gartha i. S. 100, Uelsh 100, Herzberg a. E. 80,12, Frankfurt a. D. 44,05, Straßburg (Elsaß) 538,86, Altwasser 90, Freising 34,50, Altona 400, Langelsheim 2,10, Schiffel 800, Berlin 765,15, Schlutup 250, Rathenow 119,84, Potsdam 9,84, Sandhau 172,58, Schwennungen a. M. 141,92, Ludwigshafen 1000, Leipzig 800, Dnabrüd II 200, Dortmund 33,06, Leimen 20, Bergedorf 600, Semmoor 172, Darmstadt 130,61, Kehlheim 6,44, Mügeln 1000, Andernach 35,68.

Schluß: Montag, 17. Februar, mittags 12 Uhr. Fr. Frunz, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben eingefandt: Herzberg a. Harz, Essen, Frankfurt a. Ober, Egeln, Guben, Babel, Berlin, Klein-Außheim, Rathenow, Elsterwerda, Straßburg i. Elsaß, Auerbach, Schwennungen, Sandhofen, Dortmund, Schwebel, Derröslau, Goldberg, Darmstadt, Kehlheim, Altripp, Burg an Fejmann.

Achtung, Reiseunterstützungsauszahlung! In Nr. 43 des „Proletariers“, erschienen am 19. Oktober 1907, wurde das Mitgliedsbuch Nr. 139341, lautend auf den Namen Anton S a r i n a, für ungültig erklärt.

Zusimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen: Herzberg. 10 Pf. pro Mitglied und Monat. Kalbe. 15 Pf. pro Mitglied und Monat. Weiskwasser. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher: 121 611. Hermann Müller, eingetr. in Bielefeld. 293 628. Paul Krause, eingetr. am 18. November 1907 in Bremen. 34 516. Friedr. Hansen, eingetr. am 10. November 1900 in Bielefeld. 47 867. Otto Kraay, eingetr. am 1. März 1904 in Bielefeld. 171 923. Peter Riege, eingetr. am 8. Mai 1906 in Hamburg.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen. Bielefeld. Wilh. Kartup, Weberstraße 5. Al.-Aueheim. Joh. Zeller, Kreisstraße. Kastrin (Gau 3). Wilhelm Weiskner, Landbergstraße 31. Ebbau i. S. Herm. Gänisch, Königsberg 8. Oberkollau. Heint. Wolfram, Konradstr. 268. Schwiebus. Rich. Stenzel, Doktorstraße 6. Straßburg. Joseph Camus, Königshofen, Halbenhöfenweg 9, 3. Et. Loe. Aug. Heimlich, Markt 51.

Zahlstelle Auerbach. Jeden ersten Montag im Monat, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Barmen-Elberfeld. Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung im Hotel Vegelid, Unter-Barmen, Allee 31. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 2. Wie hätten wir unsere Lokalkasse? (Erhebung von 5 A Extra-Beitrag). 3. Allgemeines. Kollegen und Kolleginnen, die wichtige Tagesordnung macht es jedem zur Pflicht, an dieser Versammlung teilzunehmen und an der Stärkung der Organisation mitzuwirken. Deshalb erscheint alle in der Versammlung! Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Bunzlau. Sonnabend, den 29. Februar, in der „Nichte“ zu Burgeln: Fastnachts-Kränzchen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee. [1,20 A] Anfang abends 8 Uhr.

Zahlstelle Dömitz. Am Sonntag, dem 1. März 1908, im „Wald-Gelde“: Versammlung. Die Tagesordnung wird im Lokale bekannt gemacht. Die Kollegen von der Klinkenfabrik W. Wohninger werden besonders zu dieser Versammlung erwartet. Am Freitag, dem 21. Februar, findet unser 2. Stiftungsfest statt. Wir erwarten, daß sich die Kollegen zahlreich beteiligen. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Eisenach. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Sonnabend, dem 22. Februar, abends 8 Uhr, in der „Boreley“ statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Referent: Kollege Keller aus Gotha. Um vollzähliges Erscheinen ersuchen Die Bevollmächtigten. [1,05 A]

Zahlstelle Göttingen. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß jeden ersten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, unsere Mitglieder-Versammlungen im Lokale „Unter“, Untere Borsley, stattfinden. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die Ortsverwaltung. [1,90 A]

Die Arbeitskammern.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Befürworte zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter im laufenden zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Erlaß Wilhelm's II. an den Handelsminister von Verlesch am 4. Februar 1890.

Am 4. Februar 1908, also genau 18 Jahre nach der oben angeführten Ankündigung durch Wilhelm II., ist dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern zugegangen. Was lange dauert, wird gut, sagt ein altes Sprichwort. Der vorgelegte Entwurf liefert den Beweis für die Unrichtigkeit des Sprichworts: er ist schlecht, spottischlecht, obwohl seine Eltern 18 Jahre mit ihm schwanger gegangen sind.

Wie wir schon in der vorigen Nummer kurz mitteilten, ist der Entwurf so ziemlich das genaue Gegenteil dessen, was die Arbeiter fordern. Der Kölner Gewerkschaftskongress forderte in seiner Resolution Errichtung von selbständigen Arbeiterkammern und bezeichnete als deren Aufgabe: in allen die Interessen der Arbeiterschaft berührenden Fragen Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranstaltung von Enqueteen und arbeitsstatistischen Aufnahmen, insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes, sowie an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Was bringt nun der Regierungsentwurf? Erstens nicht Arbeiter-, sondern Arbeitskammern, d. h. statt reine Interessenvertretungen der Arbeiter gemischte, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen besetzte Institutionen. Ferner sollen die Arbeitskammern nicht selbstständig sein, sondern an die — Berufsgenossenschaften, bekanntlich die rückständigsten aller Träger sozialpolitischer Gesetze, „angelehnt“ werden. Ueber die Frage, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern zweckmäßiger sind, bestehen Meinungsverschiedenheiten auch unter den Arbeitern, darüber ließe sich also reden, aber die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften ist zweifellos ein Hohn auf die Forderungen der Arbeiter. Weiter sollen in den Arbeitskammern nicht alle Arbeiter vertreten sein, sondern nur die Industriearbeiter. Ausgeschlossen bleiben

die Arbeiter im Handwerk, im Handelsgewerbe und in der Landwirtschaft.

Die Aufgaben, die der Entwurf den Arbeitskammern zuweist, sind nicht weniger unzureichend. Im § 2 heißt es: „Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen“, und im § 3 heißt es gleich einleitend: „Insbesondere gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern, ein geüßliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern“. Um diese doppelte betonte Aufgabe lösen zu können, wäre es selbstverständlich nötig gewesen, der Arbeitskammer weitgehende Befugnisse einzuräumen, das Gegenteil ist aber der Fall. Der Entwurf sagt darüber:

§ 3. Insbesondere gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern:

1. ein geüßliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;
2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie sind befugt, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie Gutachten zu erstatten über:
 - a) den Erlaß von Vorschriften gemäß §§ 105d, 105e, 106, 1, §§ 120e, 139a, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung.
 - b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verkehrsregeln;
 3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) betreffen, zu beraten;
 4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmern zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

§ 4. Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungskreises (§§ 2, 3) Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten.

§ 5. Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen in § 6, nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammern einbezogen werden.

§ 6. Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbezweige über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegebiete beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind.

Mit diesen Aufgaben und Befugnissen werden die Arbeitskammern den Arbeitern veräußelt wenig nützen.

Die Wahl der Vertreter zu den Kammern soll für die Unternehmer durch die Vorstände der Berufsgenossenschaften und für die Arbeiter durch die ständigen Arbeiterausschüsse der Betriebe und die Vertreter der Arbeiter bei den Berufsgenossenschaften vorgenommen werden. Da nun in sehr vielen Fällen diese Arbeiterausschüsse gewohnt sind, nach der Pfeife ihrer „Herren“ zu tanzen, so wird das Resultat dieser eigenartigen „Wahl“ sehr oft die Unternehmer mehr befriedigen wie die Arbeiter. Die Arbeitskammer wird sich

dann zusammensetzen aus Vertretern der Unternehmer und willigen Errechten der Unternehmer, und was dann für die Arbeiter herauspringt, wird alles andre eher sein denn arbeiterfreundlich.

Genau so versärbten und widersinnig wie das aktive ist das passive Wahlrecht. Gewählt kann nämlich nur werden, wer das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit mindestens einem Jahr im Bezirk der Kammer in einem Gewerbebranche oder einer Gewerbebranche tätig ist. Damit soll der Möglichkeit vorgebeugt werden, daß unabhängige Vertreter der Arbeiter, Gewerkschaftsbeamte usw. gewählt werden. Die Herren Unternehmer sollen „ihre“ Arbeiter höchst für sich haben, damit sie gegen rückhaltlose Wahrheiten und offene Antworten möglichst geschützt sind; den abhängigen Arbeiter hoffen sie mit der Hungerpeitsche im Zaum halten zu können. Die Bestimmung, daß jeder das Schwabenalter von 30 Jahren erreicht haben muß, wirkt in derselben Richtung. Sonst könnten jüngere unverheiratete Arbeiter gewählt werden, die nicht durch Rücksicht auf ihre Familie gebunden sind. Regierung und Unternehmer verstehen sich wirklich sehr gut!

Eine eingehende Kritik des Entwurfs wollen wir uns sparen, er verdient sie nicht, denn er ist unter aller Kritik. Es ist Blodsozialpolitik, das sagt genug. Ob und inwieweit der Entwurf dem Februarerlaß Wilhelm's II. entspricht, wissen wir nicht, es läßt sich da sehr viel hinein- oder herauslesen, aber das kümmert uns auch nicht, den Forderungen der Arbeiter entspricht er in keiner Weise.

Seit 50 Jahren kämpfen die Arbeiter um eine Interessenvertretung. Schon 1867 und 69 forderten Hebel, Frischa und v. Schweiger Institute mit öffentlich-rechtlichem Charakter zur Vertretung der Arbeiter. 1877 brachten die Sozialdemokraten beim Reichstag einen Arbeiterschutzesentwurf ein, in dem Errichtung von Gewerkekammern gefordert wurde. Klarer und folgerichtiger war der im Jahre 1885 eingereichte, von Auer ausgearbeitete vollständige Arbeiterschutzesentwurf. Der Artikel IV dieses Entwurfs umfaßte: Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte. Es war da vorgesehen, außer einem Reichsarbeitsamt an der Spitze, für Bezirke von 200 000 bis 400 000 Einwohnern je ein Arbeitsamt und eine Arbeitskammer. Die Aufgaben dieser Körperschaften waren genau festgelegt, so die Besichtigung von Betriebsstätten; Anordnung von Maßnahmen und Einrichtungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter; Organisation des Arbeitsschutzes; Anstellung von Untersuchungen über alle das wirtschaftliche Leben berührenden Fragen, über die Wirkung von Handelsverträgen, Zöllen, Steuern, über die Lebensmittel- und Mietpreise, die Lohnhöhe, die Wohnungsverhältnisse usw. usw.; Festsetzung von Minimallöhnen; Bildung von Schiedsgerichten behufs Schlichtung und erfindunglicher Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern usw.

Der Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Im Jahre 1890 wurden diese Vorschläge von der Sozialdemokratie von neuem eingebracht, aber wieder abgelehnt.

Eingegangene Schriften.

Ueber eine heitere Begebenheit aus der Zeit des Sozialistengesetzes lesen wir in Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“:

„Eine ganze Reihe geringerer Verurteilungen erfolgten wegen Verstoßes gegen Ausweisung, die ihren zurückgebliebenen Familien heimlich Besuche abhielten. Besondere Erwähnung verdient davon der Fall des Restaurateurs Schulze, Besitzer einer Kellermirtschaft in der Saarbrückerstraße. Es war ein origineller Kauz, der schon vor dem Sozialistengesetz die Polizei dadurch geizigert hatte, daß er an dem Garten vor seinem Keller ein breites Schild mit der Aufschrift anbringen ließ: Bayerisch Bier 10 Pf., Landré-Weiß 20 Pf., „Berliner Freie Presse“ gratis!“ Wahrscheinlich zur Strafe dafür und weil bei ihm öfter Komiteeführungen stattgefunden hatten, wurde er mit der Ausweisung bedacht, denn irgend welche sonstige Agitationsfähigkeit hatte er nicht ausgeübt. Bald nun kam die Polizei, die sein Lokal überwachen ließ, dahinter, daß Schulze immer wieder nach Berlin zu seiner Familie zurückkehrte. Aber so oft sie bei ihm hausjuchend ließ, erwiderte sich dies lange Zeit als fruchtlos. Selbst wenn die Spitze, die ihn in den Keller hatten gehen sehen, diesen unausgeseht bewachten, war Schulze von der nachrückenden Polizei nicht zu ermitteln, bis schließlich Angeberei eines Tages den Schleier des Geheimnisses löste. Im Hinterzimmer seiner Wirtschaft, wo das Billard stand, hatte Schulze unter diesem Diele herausgehauen und in das Erdreich darunter eine Höhle graben lassen, in die er, sobald die Polizei in Sicht kam, verschwand. Dort holte man ihn eines Tages heraus, und nun erfolgte wegen Verstoßes gegen Ausweisung des Höhlenbewohners zu vier Wochen Gefängnis.“

Das illustrierte Werk, dem wir die vorstehenden Ausführungen entnehmen, erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68. Der erste Teil des Werks, der in 17 Lieferungen à 30 Pf. erschienen ist, kann durch jede Parteibuchhandlung bezogen werden. Von dem zweiten Teil, der ebenfalls 17 Lieferungen umfaßt, liegen die Lieferungen 1 und 2 vor.

„In freien Stunden“, 11. Jahrgang, 2. Band, ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen.

Er enthält: „Die Pilger der Wildnis“ von Johannes Scherr. — „Eine Herrenhoffage“ von Selma Lagerlöf. — „Rosa und Minette“ von Alphonse Daudet. — „Romeo und Julia“, eine Erzählung aus dem Italienischen. — „Um's Herz“, eine Erzählung des verstorbenen Genossen Robert Schweißel und eine überaus lustige Humoreske von W. B. Jacobs: „Kapitän Wolfmanns Extratour“.

„Wisse Pies, Handarbeiter und Sozialdemokratie.“ Nach dem Referat auf der Frauenkonferenz in Mannheim. Preis 20 Pf. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Die Broschüre soll allen Genossinnen und Genossen, die sich der Aufklärung der Handarbeiter widmen, den Weg weisen und Material geben für ihre Aufgabe.

„Alkoholfrage und Sozialdemokratie.“ Referat auf dem Parteitag in Essen 1907. Mit einem Anhang. Von Emanuel Wurm. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 M., Agitationsausgabe 30 Pf.

Der Parteitag in Essen hatte beschlossen, das Referat des Genossen Wurm als besondere Broschüre herauszugeben. Dadurch soll die Ansicht der Partei über die Alkoholfrage eine möglichst weite Verbreitung finden.

breitung finden über den Kreis der Parteigenossen hinaus, denen das Protokoll über die Verhandlungen zugänglich ist. Wurm hat aber der Broschürenausgabe einen Anhang beigelegt, in dem einzelne, im Referat nur kurz gestreifte Stellen ergänzt und erläutert sind. Die Broschüre hat damit auch Interesse für diejenigen Genossen, die das Protokoll besitzen. Enthält doch der Anhang reichhaltiges Material zur Beurteilung der Alkoholfrage.

„Sozialreform für die Bureauangestellten.“ Unter diesem Titel hat der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands (Berlin, Schindlerstr. 33) eine von ihm an Reichstag und Bundesrat gerichtete Denkschrift über die Forderungen der Bureauangestellten an die sozialpolitische Gesetzgebung in Broschürenform erscheinen lassen. (Preis 30 Pfennig).

„Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.“ Von Adolf Braun. Preis gut geheftet 75 Pf., in Leinwand gebunden 1 M. Vereine erhalten bei direkter Bestellung eine wesentliche Preisermäßigung.

Es fehlte bisher an einer vom Standpunkt der modernen Gewerkschaften geschriebenen, leicht verständlichen und für die Agitation verwertbaren Schrift über das Wesen und die Bedeutung der Tarifverträge. Diese Lücke in unserer Literatur versucht die vorliegende Arbeit auszufüllen; es erscheint um so dringlicher, als wir eine große Zahl von Arbeitern aus andern Lagern über die Tarifverträge besitzen. Man erfährt hieraus das starke Bedürfnis, sich über Wesen und Bedeutung der Tarifverträge zu unterrichten, um sich für die Kämpfe der Arbeiter um Tarife zu wappnen und die beste Vertretung der Unternehmer-Interessen zu sichern. — Möge die Braunsche Schrift, die sich die Aufgabe stellt, den Arbeiter-Interessen zu dienen, freundliche Aufnahme finden.

Von der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, das 14. Heft erschienen. Es behandelt die **Verhütung und Heilung des Stotterns**.

„Das Protokoll über die Verhandlungen des preussischen Parteitag“ ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Verhandelt wurden auf diesem Parteitage: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtags und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahl 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde.

Wir empfehlen das Protokoll, das reichhaltiges Material zur Beurteilung der preussischen Staatsverhältnisse darbietet. Der Preis für die gute Ausgabe beträgt 2 M.; eine billige Ausgabe für Vereine z. kostet 50 Pf.

„In freien Stunden“. Von dieser Wochenchrift, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wird, liegen die ersten beiden Hefte des neuen Jahrgangs vor.

Soeben erschien: **Alkohol und Geschlechtsleben**. Mit einem Anhang über Amateure-Kneipen. Von Dr. med. Magnus Hirschfeld. 4. bis 10. Tausend. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf. In Partien 5 Hefen. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abkämpfer-Bund, Johannes Wilmanns, Berlin O., 17, Lange Straße 11.

NB. Die angeführten Bücher sind nicht von der Expedition des „Proletariers“ zu beziehen, sondern von dem mitangegebenen Verlage oder durch eine Buchhandlung.

„Die Geschichte des preussischen Wahlrechts.“ Unter obigem Titel ist im Verlage der „Hilfe“ ein von Herrn von Gerlach

verfaßtes Buch erschienen. Titel und Inhalt bedürfen nicht recht; „Material zum Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht“ wäre als Titel richtiger gewesen. Wenn Herr v. Gerlach die Geschichte des Wahlrechts schreiben wollte, hätte er tiefer schürfen müssen. Dann müßte die Darstellung des Interessengegensatzes zwischen der aufkommenden Industrie und dem absolutistisch-feudalen Regierungsapparat in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einen wesentlichen Bestandteil seines Buches bilden. Aber auch der Gegensatz zwischen Bourgeois- und Proletarier-Interessen dürfte nicht fehlen. Denn aus diesen Gegensätzen erklärt sich im wesentlichen die Stellung des bürgerlichen „Liberalismus“ zu diesem „Wahlrecht“. Ueber der Verfasser schreibt ja im Vorwort ausdrücklich, daß seine Arbeit eine Waffe im Kampfe gegen das Wahlrecht sein soll, und wir erkennen gern an, daß es in dieser Hinsicht eine dankens- und begrüßenswerte Arbeit ist. Zahlreiche bekannte Nachweise über den Widerfahrs des Dreiklassenwahlrechts sind hier handlich zusammengestellt und sehr viel weniger oder gar nicht Bekanntes hat der Verfasser ans Licht gezogen. In treffenden Beispielen wird gezeigt, daß die vorgebliche Gerechtigkeit des Systems, die das Wahlrecht der Steuerpflicht anpaßt, in Wirklichkeit zum traffen Unfahrs wird.

Auch das allgemeine Gerede der Strauchhüter vom „Mut der Ueberzeugung“, der sich beim öffentlichen Wahlverfahren zeigen müßte, wird auf seinen wahren Wert zurückgeführt durch Anführung zahlreicher Fälle von brutalem Terrorismus und unverschämtem Wahlzwang.

Das Buch zeigt aber auch, vielleit wider den Willen seines Verfassers, daß es nur eine Partei in Deutschland gibt, die konsequent und ehrlich für eine wirkliche „Reform“ dieses Wahlrechts, d. h. für seine Erhebung durch das Reichstagswahlrecht, eintritt, und das ist die Sozialdemokratie. Alle übrigen Parteien, von den Konservativen bis zu den „entschiedenen“ Liberalen, sind recht unsichere Kantonten; sie haben für ihre Opposition weder Ausgangspunkt noch Ziel und ziehen abwechselnd hüß oder hott. Das schreibt v. Gerlach natürlich nicht, aber aus seinen gelegentlichen Bemerkungen geht hervor, daß er sich dessen bewußt ist. Deshalb werden die liberalen Wahlrechts„Kämpfer“ dem Verfasser für seine Schritt vorausschicklich nicht viel Dank wissen. Das Buch ist vom Verlage der „Hilfe“ für 3 M. zu beziehen.

„Geschichte des Sozialismus in Frankreich.“ Von Paul Douss. Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel. Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

„Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution.“ Von Carl Lauts. Neue Ausgabe der Klassengegensätze von 1789. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinskassenausgabe 50 Pf.

„Die Philosophie Spinozas.“ Von J. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 3 M.

Die ununterbrochene Nachfrage nach diesem Buch hat den Verfasser zu einer gründlichen Durchsicht des Textes veranlaßt. Dabei ist eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen angebracht worden, wodurch das Buch, das ein geschlossenes, philosophisches System auf der Grundlage des Spinozismus und zugleich eine Erläuterung des letzteren darstellt, allgemein verständlicher und leicht lesbar geworden ist.

Die drei vorstehend genannten Bücher sind im Verlage von J. S. S. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen.

Es zeigt sich also, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie die Pfadfinderin, das sozialpolitische Gewissen gewesen ist. Es wird wichtig sein, das festzustellen, denn die bürgerlichen „Freunde“ der Arbeiter und die Führer der gegnerischen Gewerkschaften werden nicht müde, der Sozialdemokratie sozialpolitische Unfruchtbarkeit vorzuwerfen. Dabei besteht der charakteristische Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Arbeiterfürsorge darin, daß die bürgerliche immer um einige Jahrzehnte später kommt und auch dann noch nur ein dürftiger Abklatsch, ja oft eine widerliche Karikatur der sozialdemokratischen Forderungen ist. Der vorgelegte Regierungsentwurf zeigt das ganz besonders deutlich. Soll er Gesetz werden, so bedarf er einer gründlichen Umgestaltung; sträubt sich die Regierung dagegen, will sie den Wechselbalg so belastet, wie er ist, so mag sie ihn zur Fuchshaus- und Umsturzvorlage legen, die deutsche Arbeiterschaft dankt für solche „Sozialpolitik“.

Kräftezerpflitterung.

Nicht anders als Kräftezerpflitterung kann die Tatsache bezeichnet werden, daß neben andern Instanzen auch die diesjährige Konferenz der Reichs- resp. Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands zu dem Ergebnis kam, den Zusammenschluß der Land- und Waldarbeiter zu einer selbständigen Organisation zu empfehlen. Als Gründe für dieses Projekt werden in der Hauptsache geltend gemacht, daß es dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, dessen Mitgliedschaft sich im allgemeinen in den letzten Jahren nahezu verdoppelt habe, im Laufe von 17 Jahren nicht gelungen sei, nennenswerte Erfolge bei der Organisierung der Landarbeiter zu erzielen, daß die Organisierung der Landarbeiter in dem Rahmen eines Industrieverbandes unmöglich sei usw. Die Verfechter obiger Idee beweisen mit derartigen Argumenten nur, daß sie weder von den ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die mit der Agitation unter den Landarbeitern, besonders auf großen Gütern, wo vorwiegend fremdsprachige Arbeiter beschäftigt sind, noch von den eigenartigen Verhältnissen in der Landwirtschaft unterrichtet sind. Mit langen Reden und Resolutionen laßt man in den ländlichen Distrikten keinen Hund hinter den Ofen herbeibringen, das sei hier zum Zwecke einiger Beispiele, denen es augenscheinlich nicht reich genug vorwärts geht, bemerkt. Wenn die Organisierung der Landarbeiter mit der Entwicklung unserer Organisation nicht gleichen Schritt gehalten hat, so einfach aus dem Grunde, weil seit Bestehen des Verbandes aus Mangel an agitatorischen Kräften das ungeheure Agitationsgebiet nicht annähernd bearbeitet werden konnte. Erst nachdem die Neueinteilung der Gaue und die Anstellung besoldeter Gauleiter erfolgt ist, hat sich das Ganze wesentlich verbessert.

Obwohl die Gauleiter in den Industriegebieten Agitationsarbeit in Halle und Fülle vorhanden waren, sie doch gezwungen, die Agitation mehr und mehr auf das flache Land auszuweiten, weil unsere Organisation ebenfalls als die allein zuständige für die Ziegeleiarbeiter anerkannt wurde. Und was noch vor mehreren Jahren ausgeschlossen war, ist heute bereits in Norddeutschland zur Wirklichkeit geworden. Außer Ziegeleiarbeitern ist nicht nur ein Teil der freien Landarbeiter, sondern es sind auch Knechte und Gütertagelöhner für die Organisation gewonnen worden. Ein ganz erheblicher Fortschritt ist hier entgegen den Ergebnissen früherer Jahre unter den in Schiefergebieten, auf Getreidepflanzern und den an den Dampfmaschinen beschäftigten Arbeitern zu verzeichnen. Unter den genannten Gruppen sind in diesem Jahre Lohnkämpfe geführt worden, und zwar mit Erfolg, z. B. in Marne und Meldorf. Ganz besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß seit Bestehen der Organisation unter den Landarbeitern der Insel Fehmarn zum ersten Male ein Flugblatt in tausend Exemplaren zur Verbreitung gelangte, das gerade revolutionierend unter den Landarbeitern wirkte. In 12 Distrikten im Osten der Insel wurden die Lohnforderungen der Arbeiter an den Dreifachmaschinen bewilligt, in mehreren Orten kam es zur Arbeitseinstellung. Die Bauern stellten als Ersatz dafür ihre Knechte und Dienstmädchen an die Maschinen. Im Westen der Insel weigerten sich die Bauern, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen, worauf die Arbeitseinstellung überall erfolgte. Obgleich der „Berein für Landwirtschaft und Industrie“ den Beschluß gefaßt hat, die Löhne im Jahre 1907 unter keinen Umständen zu erhöhen, wußten die Bauern dem Drängen der Schnitter, Binder, Häcker und Ausreißer nachzugeben und ebenfalls zum Teil eine Lohn-erhöhung einzulassen. Die Arbeiter auf den Kornpflanzern erreichen neben einer halbständigen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit eine Lohnzulage von 3 Mk. die Woche. Das sind greifbare Erfolge der Organisation, die beweisen, daß bei Anwendung der richtigen Agitationsmittel wohl Fortschritte denkbar sind.

Als treiflicher Bundesgenosse ist hier im Norden gleichzeitig die Partei betriff, die Hindernisse mit der Verbandleitung gemeinschäftlich aus dem Wege zu räumen. So ist beispielsweise in dem „Norddeutschen Volkskalender“ für das Jahr 1907, der in Tausenden und Tausenden von Exemplaren unter der Landbevölkerung kostenlos zur Verteilung gelangte, in einem längeren Artikel auf die Zweckmäßigkeit des Anschlusses der Landarbeiter an unseren Verband hingewiesen. Außerdem beschäftigten sich die periodisch erscheinenden Parteiblätter, die ebenfalls auf dem flachen Lande zur Verteilung gelangten, fortgesetzt mit Landarbeiterfragen. Was also in diesem Bezirk möglich ist, wird in andern Bezirken nicht unmöglich sein.

In Anbetracht der Schwierigkeiten, die mit der Agitation unter den Landarbeitern verknüpft sind, können wir mit Recht auf die ersten Fortschritte mit Genugtuung zurückblicken. Sie wären aber erheblich umfangreicher gewesen, wenn unter Hauptvorwand die Anführung von besoldeten Agitatoren im Sinne der Resolution der Kollegen Ziegler praktisch zur Durchführung gebracht hätte. Auch wäre uns dann das Eingreifen unbesetzter Körperstellen erspart geblieben. Unseres Erachtens liegt nicht die geringste Veranlassung vor, seine Fortschritte zu ändern und der Frage der „Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation“, die auf dem Leipziger Parteitag möglichst ausführlich, das Wort zu reden. Die Frage, ob die Organisierung der Landarbeiter im Rahmen unserer Organisation möglich ist, wird mit einem glatten Ja beantwortet werden.

Wie liegen denn eigentlich die Dinge? Die Entwicklung der Technik und Chemie und deren Anwendung in der Landwirtschaft hat eine vollständige Umwälzung in der Agrarökonomie hervorgerufen. Die Serie der Dampflüge und andere Ackergeräte sind von dem modernen Bauwesen längst in die Kammer der Geschichte geworfen worden und es kann nicht mehr, Dampfmaschine, Dampfpflug, Kartoffelmaschine, Kartoffelgraber, Rübenheber, Heuwender, Dampfschlepper usw. genannt werden.

Wie der modernsten Produktionsweise in der Landwirtschaft entsprechen immer mehr landwirtschaftliche Nebenberufe als Metzger, Schlachthausbesitzer, Gerbereien, Fleischer, Geflügelzüchter, Viehhändler, Milch- und Butterverarbeiter usw. Andererseits drängt die landwirtschaftliche Technik unabweislich zum Großbetrieb, und auch diese Großbetriebe werden es neben mehreren Sonderbetrieben, wie Ziegeleien, Kalkbrennereien, Zunderbrennereien, Sägewerke, Lohndreien usw. Der Kleinbauern geht es gerade, er wird entzogen von seinem Besitz, oder er wird, wie sich auf ihm zu halten, wie immer zunächst zum Kleinbauern. Inzwischen sind Großbetriebe der Landwirtschaft, wie die Zucker-, Wein-, Obst-, Gemüse-, Getreide- und Viehzuchtbetriebe, entstanden, die von dieser Klasse kleinerer Betriebe getrennt sind. Die früher häufig bei den Großbetrieben beschäftigten Tagelöhner werden nun nach vorübergehender Beschäftigung nach Hause geschickt. Sie finden im Sommer als Saisonarbeiter, in den Dampfmaschinenbetrieben, in den Landmaschinenbetrieben, in der Forstwirtschaft, in den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, Feldgeräten usw. auch in den Städten als Saisonarbeiter in den Zucker-, Obst-, Gemüse-, Getreidebetrieben usw.

Infolge dieses Entwicklungsganges in der Landwirtschaft ist allein unsere Organisation die für die Landarbeiter kompetente. Eine Grenze zwischen Land- und Industriearbeiter zu ziehen ist einfach unmöglich. Heute ist der Knecht oder Tagelöhner noch bei einem Landwirt, morgen bereits als Fabrikarbeiter beschäftigt. Auch das umgekehrte Verhältnis trifft recht häufig zu. Deshalb ist die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation nicht nur geeigneter, die Entwicklung zu fördern und lahm zu legen, sondern auch Grenzstreitigkeiten heraufzubekommen in einem Umfange, wie wir sie bisher nicht gekannt haben. Drogen heute in einem Industriebetrieb Differenzen aus, so finden wir, daß höchstens zwei Drittel der zuständigen, ein Drittel dagegen berufsfremden Organisationen angehören.

Ueber diese mißlichen Verhältnisse scheint man höherem Orts nicht genügend informiert zu sein, sonst erscheint es undenkbar, daß man sich heute noch mit Neugründungen ernsthaft beschäftigen kann. Noch tritt hier und da, um die Grenzstreitigkeiten zwischen den bereits bestehenden Organisationen zu beseitigen, die Anschauung in den Vordergrund, die gesamten Hilfsarbeiter Deutschlands unter einem Banner zu vereinen. Jedoch läßt die Entwicklung der Gewerkschaften die Durchführung dieses Problems heute nicht mehr zu. Um so mehr ist es deshalb unsere Pflicht, jeder Neugründung, jedwede Abbrüchlichkeit mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Den Landarbeitern und Landarbeiterinnen wird der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands eine feste Stütze sein.

Aus diesen Gründen empfehlen wir unsern Kolleginnen und Kollegen Deutschlands, sich folgender Resolution anzuschließen:

„Die Unterzeichneten protestieren gegen den Plan der Zentralverbände, wonach eine besondere Land- und Waldarbeiterorganisation geschaffen werden soll. Sie sind vielmehr der Meinung, daß es sehr wohl möglich ist, falls der gute Wille vorhanden, auf Grund der Leipziger Resolution eine erfolgreiche Agitation zum Zwecke der Organisation unter den Landarbeitern zu entfalten.“

Die Unterzeichneten halten es gerade für verhängnisvoll für unsere Organisation, wenn durch Zerspflitterung der Landarbeiter eine außerordentliche Kräftezerpflitterung erfolgt und endlose Streitigkeiten geschaffen werden über die Frage: Wohin der Landarbeiter, der in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben einen Teil des Jahres arbeitet, gehört und umgehört.

Die Unterzeichneten erwarten deshalb, daß der Vorstand, die Beschlässe des Verbandstages respektierend, auf der Grundlage der Leipziger Resolution die nötigen Schritte einleitet, um innerhalb unserer Organisation ein Zusammenschluß auch der Landarbeiter erfolgt.“

Der Gauverband des Gau 10.

Die Replik der Kollegin Luise Bieg im „Proletarier“ Nr. 5, veranlaßt durch die Absicht der Zentralverbände, eine besondere Organisation für die Land- und Waldarbeiter zu gründen, war jedenfalls im höchsten Grade berechtigt und verdient die volle Unterstützung aller einseitigen Kollegen und Kolleginnen. Mir und wohl noch vielen andern Kollegen ist es ein Rätsel, daß unser Hauptvorstand den Vorschlägen der Zentralverbände in der Konferenz in Punkt 10 „Land- und Waldarbeiterverband“ nicht energisch widersprochen haben soll. In mehreren Fällen haben sich solche Konferenzen mit Grenzstreitigkeiten befaßt, ohne das Problem der Zugehörigkeit mit Erfolg lösen zu können, und trotzdem nun ein solcher Vorschlag von dieser Seite. Statt praktisch die Wege zu ebnen, um die vorhandenen Verbände einander näher zu bringen, zu vereinen, wie es jetzt zum Beispiel von den Verbänden der Lebensmittelindustrie angestrebt wird, will man hier unsern Verband ein Agitationsfeld abnehmen, dessen Folge wohl die wäre, daß in vielen Gegenden, speziell auch in Mainz, die Grenzstreitigkeiten nie aufhören würden. Was bliebe dann dem Fabrikarbeiterverband noch für ein Feld zum Bearbeiten übrig? Sehen wir uns Mainz und Umgegend an. Die Ziegeleiarbeiter, die im Winter hier meist als Erdarbeiter beschäftigt sind, gehören den Bauhilfsarbeitern an. Die Metallarbeiter beanspruchen jeden in den Maschinen- und Kesselfabriken beschäftigten Tagelöhner. Die Käufer wollen jeden Hilfsarbeiter reklamieren, der in einer Zementfabrik ein Faß Zement über den Hof rollt. Was nicht zu denken an die nimmererlitten Ansprüche der Transportarbeiter. Darum kann die Meinung eines jeden in der Agitation stehenden Kollegen und jeder Kollegin nur die sein: Front gegen die Idee, noch neue Verbände zu gründen, die nur die Arbeiter, wenn auch ungenollt, zerspalteln. Die fortschreitende Technik in der Industrie gibt den Verbänden verschiedener Namen und Auslegung Anlaß, die dort beschäftigten Hilfsarbeiter immer mehr für sich zu reklamieren. Unter keinen Umständen darf sich daher der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen die Landarbeiter nehmen lassen, wo er zuerst die Kräfte geleiht, die wenn mit Geduld weitergearbeitet wird, auch ihre Früchte zeitigen werden.

Ab. Müller, Mainz.

Landarbeiter.

Streikgeberverbände in der Landwirtschaft.

Das ist die Neuheit auf diesem Gebiete! Wenigstens für Deutschland. Bisher, und der Mehrheit der deutschen Landproletarier das Koalitionsrecht durch die Gesetzgebung verweigert ist, konzentrierten sich die Unternehmer, um die wüsten Regungen der Landarbeiter, die sich trotz des Gesetzes bemerkbar machen, niederzuknappen. Schleswig-Holstein macht den Anfang. Der neugegründete, aber noch in der Gründung begriffene Verband soll den Zweck haben, geregelte Arbeitsnachweise zu schaffen und alle von andern Landbestritten zuwandernden, durch Streiks arbeitslos gewordenen Arbeiter von der Beschäftigung auszuschließen. Also ein echter und realer Schmarotcherverband. Vielleicht versucht er sich demnächst einmal mit einer Aussperrung — der Widerstand der Entziehung der Landarbeiter könnte nicht drastischer illustriert werden.

Die italienische Landwirtschaft erfreut sich schon länger der Schmarotcherverbände. Im Oktober des Vorjahres ist nun eine gewisse Generalisation der bestehenden Verbände angebahnt worden. 30 lokale Organisationen mit 5382 Arbeitgebern wurden in einem Gesamtverband zusammengeschlossen. Der Verband will „einseitige Maßnahmen zur Vorbeugung, Beilegung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit“ treffen, auch Statistiken vornehmen und sonstige auf die Verhältnisse der Landwirtschaft bezügliche Material sammeln. Auch wurde eine Art Streikversicherungsgesellschaft gegründet, aus der die von einem Streik betroffenen Unternehmer Unternehmungen erhalten sollen.

Der Unterschied zwischen Italien und Deutschland ist also nur der, daß in Italien auch die ländlichen Arbeiter Koalitions- und Streikrecht haben und von diesem ihrem Recht auch in ausgiebiger Weise Gebrauch machen, während in Deutschland die Landarbeiter rechtlos belassen sind.

Der Arbeitsmarkt in der Landwirtschaft.

Es ist in letzter Zeit den städtischen Arbeitslosen vielfach der Rat gegeben worden, sie sollten aufs Land hinausgehen, wo sie in landwirtschaftlichen Betrieben leicht Beschäftigung finden könnten. Dieser ununterstützte Rat in der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach Arbeitskräften innerwärts eines Jahres (starke periodischen Schwankungen) und gerade in diesem Winter ist das Arbeiterangebot verhältnismäßig so reichlich, wie selten in einem der letzten Jahre um die nämliche Zeit. Während im allgemeinen auch nach den Ziffern der Arbeitsnachweise, die landwirtschaftliche Arbeiter verzeichnen und an das „Reichsarbeitsblatt“ berichten, das Angebot vor Arbeiterinnen ganz erheblich hinter der Nachfrage zurückbleibt und die Klagen über Arbeitslosigkeit durchgängig gerechtfertigt sind, zeigt der Monat Dezember 1907 ein überaus reiches Bild eines, wenn auch schwachen Ueberangebotes. Auf 100 offene Stellen in landwirtschaftlichen Betrieben kamen nämlich im Durchschnitt des ganzen Reichs während des Monats Dezember 107,1 Arbeitsuchende, während es im November erst 91,9 waren. Und im Dezember 1906 war der

Arbeitermangel noch so erheblich, daß auf 100 offene Stellen nur 71,3 Bewerber kamen. In Hannover und im Königreich Sachsen bedarf das Angebot die Nachfrage so ziemlich. In andern Bundesländern besteht aber schon ein Ueberfluß an Arbeitskräften, der zum Teil ganz kräftig über die Nachfrage hinausgeht. Besonders reichlich ist der Ueberfluß in Hessen-Nassau, im Rheinland, weiter in den Herzogtümern Baden und Hessen. In Württemberg ist das Angebot reichlich, in Bayern gerade ausreichend. Die starke Steigerung des Angebots, die im Dezember gegenüber November 1907 und erst recht gegen Dezember 1906 eingetreten ist, läßt deutlich erkennen, daß die augenblickliche Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft bis zur Winterpause der Feldarbeiten genügend ist, daß daher der allgemeine Rat an die gewerblichen Arbeitslosen, auf dem Lande Arbeit zu suchen, gerade zur jetzigen Winterzeit ganz und gar verfehlt ist.

Die alte Peter.

Die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die Anfang Februar in Berlin tagte, war mit den bisher getroffenen Maßnahmen wider den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter noch nicht zufrieden. Die Legitimationskarten, die jetzt an den Grenzorten für einwandernde Arbeiter ausgestellt werden, sollen auf ganz Deutschland ausgedehnt und auch sonst noch Bestimmungen getroffen werden, den Landarbeitern das Entweichen aus ihrer Sklaverei zum Unmöglichem zu machen.

Der Berichterstatter, Landesökonomierat Steinbach-Danzig, sang das alte Lied nach neuer Melodie: Die Regierung muß den Gutsbesitzern helfen, denn diese bilden den Grundstock des allgemeinen Volkswohls. Im Jahre 1907 seien allein in Westpreußen 9000 Kontraktbrüche festgestellt. Wehlich sei es aber über alles. Der Schaden, der dadurch den Landwirten entstehe, sei ganz unberechenbar. Bedauerlich sei, daß den Arbeitern im allgemeinen das Bewußtsein abhanden gekommen, daß der Kontraktbruch ein Verbrechen wie jeder andre sei. Ein Kontraktbruch bei der Industrie sei lange nicht so schlimm wie bei der Landwirtschaft. Industrieerzeugnisse könnten zu jeder Zeit hergestellt werden, die Landwirtschaft könne aber bekanntlich nur zu gewissen Zeiten und bei günstigem Wetter produzieren. Durch den gegen die Landwirte begangenen Kontraktbruch werde gleichzeitig das allgemeine Volkswohl geschädigt. Wenn die Gesetzgebung Hilfe auf Kontraktbrüche lege, dann müsse sie auch Maßnahmen treffen, daß die Kontraktbrüche, wenn sie zeitlich, geerntet werden können. Er ersucht, folgendem Antrage auszukommen:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: 1. Diejenigen Landesregierungen, welche bis jetzt noch keine Zulassungslegitimationen für die ausländischen Arbeiter bzw. keine Ausweisung beim Antreten der Arbeiter ohne solche vorgeschrieben haben, um Einfuhr dieser Maßnahmen zu bitten. 2. Die Landesregierung zu ersuchen, Bestimmungen über den Vertragsbruch der ländlichen Arbeitnehmer, analog denen in den §§ 119, 124b und 125 der Reichsgewerbeordnung zu treffen und außerdem Bestrafung der Schuldvermittler und Agenten, welche kontraktbrüchige Arbeitnehmer vermitteln, sowie aller Personen, welche Arbeitnehmer zum Vertragsbruch verleiten, ins Auge zu fassen.“

Graf v. Stosch fordert, daß auch die Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Arbeiter in Arbeit nehmen, bestraft würden. Freiherr v. Wangenheim erklärt sich für Errichtung von Arbeiterkammern auf dem Lande (Sehr gut, aber nicht solche Karrikaturen, wie die von der Regierung vorgeschlagenen). Graf zu Rantzau will die Stellenbeamteten unter schärfere Kontrolle nehmen und Hofbesitzer v. Bornemann-Lübke (Regal Wiesbaden) sieht das Alibi für die Landwirte in — Gründung von Arbeitgeberverbänden.

Die Vertreter der Regierung bewiesen liebevolles Verständnis für die Not der armen Landwirte. Die Legitimationen sollen auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden, und auch sonst wurde den Notleidenden die volle Unterstützung der Regierung versprochen. Wie immer! Für die Landwirte weitgehendsten „Sog“ und für die Landarbeiter Ausnahmestrafen. Das ist nun einmal preussische Regierungskunst. Das wird auch erst anders werden, wenn die Arbeiter sich aufraffen und den Kaufleuten wie auch der Regierung gegenüber machen, daß sie es satt haben, sich noch länger als rechtlose Heloten behandeln zu lassen.

Erfolge der Land- und Waldarbeiterorganisationen in Schweden.

Ueber den wachsenden Einfluß der Landarbeiterorganisationen äußert sich der Sekretär der schwedischen Landwirtschaftsakademie in seinem Jahresberichte. Er schreibt: Der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist nun auch auf das Gebiet der Landwirtschaft ausgedehnt, und es habe selbst nicht daran gefehlt, daß die Landarbeiter zur Waffe des Streiks griffen. Man müsse nun auch hier mit den Arbeiterorganisationen rechnen. — Als ein Mittel, größeren Kämpfen aus dem Wege zu gehen, empfahl er, die menschliche Arbeitskraft mehr als bisher durch Maschinen zu ersetzen, fügte aber hinzu:

„Die Arbeiterfrage wird jedoch durch größere Ausdehnung der Maschinenarbeit nicht aus der Welt geschafft. Man muß Maßregeln für eine bessere Ordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in der Landwirtschaft treffen. Die Rechtsverhältnisse zwischen „Arbeiter“, die nun meist dem Arbeitgeber zugute kommen, müssen geändert werden. Forderungen auf kollektive Arbeitsverträge haben sich Geltung verschafft, und die Vereinbarungen, die in dieser Hinsicht getroffen wurden, scheinen wohl überlegt zu sein. Es wäre zu wünschen, daß gewisse allgemeine Rechtsbestimmungen festgelegt werden zum Schutze beider Parteien bei kollektiven Arbeitsverträgen.“

Noch bedeutender sind die Erfolge der in Schweden geforderten organisierten Forstarbeiter.

Das energische Streben der schwedischen Forst- und Sägewerksarbeiter nach Verbesserung und tariflicher Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen hat unter anderem den Erfolg herbeigeführt, daß der schwedische Sägewerksverband mit dem Sägewerksindustriearbeiterverband Verhandlungen über den Abschluß von Tarifverträgen für die Forstarbeiter angestreift hat, sowie über allgemeine Bestimmungen, die Tarifverträge für die Sägewerksindustrie zugrunde gelegt werden sollen. Einzelverträge mit dem Sägewerksarbeiterverband haben bereits verschiedene der betreffenden Aktiengesellschaften abgeschlossen. Vor einigen Wochen kam nach längerem Streit auch mit der Gränings-Gesellschaft ein solcher Vertrag zustande, deren Arbeitsgebiet nördlich von Sundsvall liegt. Die Arbeiter erzielten Lohn-erhöhungen von 10 bis 20 Prozent. Zugewinnen ist bei der Strömungs-Aktiengesellschaft, deren Abholungsdistrikt in derselben Gegend liegt, ein großer Streit ausgebrochen, der über 500 Mann umfaßt. Hier verlangen die Arbeiter ebenfalls Lohn-erhöhungen und tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen.

Statistische Erhebungen über die Lage der Landarbeiter sollen in Dänemark angestellt werden. Der im Dezember vergangenen Jahres abgehaltene östpreussische Parteitag der Sozialdemokratie nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Um ein genaues Bild über die Lohn-, Arbeits- und Wohnbedingungen der Landarbeiter zu gewinnen, und damit dem Versehen der Junker über die hohen Landarbeiterlöhne wirksam entgegenzutreten zu können, wird das Provinz-Agitationskomitee beauftragt, statistische Erhebungen über die Lebenslage der Landarbeiter, der erwachsenen wie der jugendlichen, anzustellen und das Resultat dieser Erhebungen baldmöglichst zu veröffentlichen.“

Wir wünschen, daß dieses Vorgehen Nachahmung finden möge. Die hierbei gewonnenen Zahlen können auch dazu benutzt werden, eine Erhöhung der durchschnittlichen Jahresarbeitslöhne zu beantragen, nach welchem die Unfallrenten der Landarbeiter berechnet werden. Gegenwärtig ist dieser durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst mit ca. 400 Mk. entziffern zu niedrig festgelegt. Wenn es auch auf der andern Seite freche Lügen der Junker sind, wenn sie immer erzählen, daß ihre Arbeiter weit über 1000 Mk. pro Jahr verdienen und es besser haben als die Industriearbeiter. ok.